Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 14. Februar 2014
Ausgabe 031
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Bericht zur Offensive gegen Wohnungsleerstand und zur Initiative Zwischennutzung 3
› Kein Genmais bei den Stadtgütern München 4
› „Älter werden in München“: Bürger diskutieren Studienergebnisse 5
› Baumfällungsarbeiten im Wohngebiet „Am Ackermannbogen“ 5
› Radl-Sicherheitscheck an der Messe München 6
› Ausstellung „Ein Beitrag zur Münchner Baukultur“ 6
› Jahresrückblick 2013 des Planungsreferats erschienen 6
› MVHS: Datenschutzbeauftragter spricht über Sicherheit im Netz 7
› „Kino der Perestroika“: Große Retrospektive im Filmmuseum 7
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Sonntag, 16. Februar, 11 Uhr, Seidlvilla, Nikolaiplatz
Im Rahmen einer literarischen Matinee des Langen Müller Verlags zum 80. Geburtstag des Schriftstellers und Juristen Professor Herbert Rosendorfer spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte. Die Münchner Autorin Asta Scheib liest aus Rosendorfers letztem Roman „Martha. Von einem schadhaften Leben". Rosendorfer wurde am 19. Februar 1934 in Bozen geboren. Er starb am 20. September 2012.

Montag, 17. Februar, 18 Uhr, Alter Rathaussaal
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Eröffnung der Ausstellung „Unterschiede, die einen Unterschied machen – Eine interaktive Ausstellung zu Diskriminierung und Teilhabe". Die Ausstellung ist vom 17. Februar bis 27. März in München an sechs verschiedenen Orten zu sehen: Das sind die Mittelschule an der Wittelsbacherstraße, das Städtische Sophie-Scholl-Gymnasium, die Stadtbibliothek Hasenbergl, die Städtische Berufsoberschule Sozialwesen und die Städtische Balthasar-Neumann-Realschule.

Dienstag, 18. Februar, 20 Uhr, Giesinger Bahnhof
Podiumsdiskussion mit Oberbürgermeister Christian Ude anlässlich des zehnjährigen Bestehens der „Kultur im Giesinger Bahnhof".

Mittwoch, 19. Februar, 9.15 Uhr, Ratstrinkstube
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München.

Mittwoch, 19. Februar, 17 Uhr, Alter Rathaussaal
Bürgermeisterin Christine Strobl ehrt im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung die erfolgreichsten Schülerinnen und Schüler, die auf Bundes- und Landesebene Platzierungen bei „Jugend trainiert für Olympia" in ihren Sportarten erreicht haben. Erste Bundessieger wurden das Städtische Theodolinden-Gymnasium im Fußball und die staatlich anerkannte private Samuel-Heinicke-Realschule für Hörgeschädigte im Basketball. Große Erfolge erzielten u.a. die Bayerische Landesschule für Körperbehinderte in den Sportarten Basketball, Leichtathletik, Boccia und Elektro-Hockey. Zwei akrobatische Showacts runden die Veranstaltung ab.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 21. Februar, 14 bis 15.30 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

Meldungen

Bericht zur Offensive gegen Wohnungsleerstand und zur Initiative Zwischennutzung
(14.2.2014) Dem Thema Wohnungsleerstand wird von der Landeshauptstadt München weiterhin höchste Priorität eingeräumt. Daher hat der Stadtrat am 18. Dezember 2013 den Auftrag erteilt, bereits im Februar die Entwicklungen bis zum Ende des Jahres 2013 sowie den aktuellen Stand erneut bekanntzugeben. Am 19. Februar wird die Vollversammlung des Stadtrats deshalb erneut über die aktuelle Sachlage zu den medienwirksam diskutierten Einzelfällen leerstehender Anwesen im städtischen Besitz informiert, ferner werden die in der Zwischenzeit gefassten Stadtratsbeschlüsse und Prüfungsergebnisse ausführlich beschrieben.
Zum 31. Dezember 2013 gab es insgesamt 653 leerstehende Wohnungen, das sind 1,04 Prozent des gesamten städtischen Wohnungsbestandes von rund 63.000 Wohnungen beziehungsweise zirka 0,1 Prozent bezogen auf den Gesamtbestand der Wohnungen in München (762.470 Wohnungen gemäß Zensus 2011). Dennoch bleibt es weiterhin ein dringendes Anliegen der Stadt, an dieser noch nicht befriedigenden Situation zu arbeiten und den eingeschlagenen Weg zur Entwicklung wirksamer Strategien und Maßnahmen mit Nachdruck weiter zu verfolgen. Damit sollen die aktuell leerstehenden Wohnungen schnellstmöglich belegt und mögliche künftige Leerstände vermieden werden.
Um den teilweise unvermeidbaren Leerstand im Hinblick auf den angespannten Münchner Wohnungsmarkt bestmöglich zu nutzen, wurde eine Expertengruppe des Sozialreferates, des Kommunalreferates, des Referates für Arbeit und Wirtschaft, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG sowie des Referates für Stadtplanung und Bauordnung gebildet. Diese prüft, wie künftig Zwischennutzungspotentiale besser ausgeschöpft werden können. Dabei sollen anhand einer wirtschaftlichen Szenarienbetrachtung möglicherweise noch vorhandene Mög-

lichkeiten von Zwischennutzungen im städtischen Bestand im Detail untersucht und Vorschläge zum Ausbau von Zwischennutzungen erarbeitet werden.
Die Tatsache, dass im Fall von rund 600 der insgesamt 653 länger als sechs Monate leerstehenden Wohnungen Abriss- und Neubaumaßnahmen beziehungsweise umfassende Sanierungen geplant sind, unterstreicht die Bemühungen der städtischen Wohnungsbauunternehmen, für eine Vielzahl von Münchner Bürgerinnen und Bürgern zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, bestehende Wohnungsanlagen zu sanieren und einen Beitrag zu städtebaulichen Entwicklungen zu leisten.

Kein Genmais bei den Stadtgütern München

(14.2.2014) Der umstrittene Genmais Sorte „Dupont 1507" steht vor einer Zulassung in der Europäischen Union. Für die Stadtgüter München kommt jedoch der Einsatz von genverändertem Saatgut auf ihren Gutsbetrieben nicht in Frage.
Der Münchner Stadtrat hat sich seit 1999 mehrmals mit dem Thema Gentechnik und Landwirtschaft beschäftigt. In seinem Grundsatzbeschluss vom 11. Februar 1999 hat er sich eindeutig gegen den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft ausgesprochen. In mehreren Folgebeschlüssen wurde die mehrheitliche Ablehnung des Münchner Stadtrats von Gentechnik in der Landwirtschaft bekräftigt. Darüber hinaus wurde der Beitritt der Stadtgüter München zum Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Zone München" bestätigt.
Sieben von zehn Gutsbetrieben der Stadtgüter München sind gänzlich auf ökologischen Landbau umgestellt. Doch auch auf ihren konventionell bewirtschafteten Betrieben verzichten die Stadtgüter München (SgM) konsequent auf den Anbau gentechnisch veränderter Produkte sowie den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel. Durch entsprechende Regelungen in den Pachtverträgen werden auch die Pächter von landwirtschaftlichen Flächen verpflichtet, auf städtischen Flächen auf den Anbau von GVO zu verzichten..
An den Voraussetzungen für diese eindeutige Haltung des Stadtrats zur „Grünen Gentechnik" hat sich bis heute nichts geändert: Nach wie vor können die mit der Freisetzung von GVO in der Natur zu befürchtenden negativen Folgen nicht ausgeschlossen werden. So gibt es beispielsweise bereits vereinzelte Hinweise auf Resistenzbildungen und damit verbunden mittelfristig einen Anstieg beim Herbizideinsatz. Zudem sind negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt zu befürchten. Genmais auf den Feldern der Stadtgüter München wird es deshalb auch in Zukunft nicht geben.

„Älter werden in München“: Bürger diskutieren Studienergebnisse
(14.2.2014) Wie in ganz Deutschland, wird auch in München in den nächsten Jahren die Anzahl älterer Menschen deutlich zunehmen. Dieser Trend stellt die Stadtentwicklung vor große Herausforderungen, für die frühzeitig Antworten gefunden werden müssen. München erforscht daher die Generation 55plus und hat im Herbst 2013 in ausgewählten Quartieren insgesamt 10.000 Haushalte zum Thema „Älter werden in München“ befragt, darunter auch in einem Teil von Sendling, Neuperlach, Obermenzing, Laim/Kleinhadern und in der Messestadt Riem.
In Quartiersforen besteht nun vor Ort die Möglichkeit, wichtige Ergebnisse der Befragung zum Thema „Älter werden in München“ als erstes zu hören und zu diskutieren. Im Mittelpunkt stehen die übergeordneten Fragen: Wie lebt es sich im Stadtteil und Quartier, wenn man ans Älterwerden denkt? Wie altersgerecht ist der Stadtteil? Eingeladen sind Bewohnerinnen und Bewohner im Alter von 55 bis 75 Jahren (gern auch ein bisschen jünger oder älter), die Interesse an der zukünftigen Entwicklung Münchens und ihres Stadtteils haben. Die Veranstaltungen werden im Auftrag der Landeshauptstadt München vom Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner durchgeführt und finden an folgenden Terminen statt:

- Sendling: Montag, 17. Februar, von 17.30 bis 20 Uhr im Alten- und Service-Zentrum, Daiserstraße 37,
- Neuperlach: Dienstag, 18. Februar, von 17.30 bis 20 Uhr im Kulturhaus, Hanns-Seidel-Platz 1,
- Obermenzing: Mittwoch, 19. Februar, von 18 bis 20.30 Uhr im Alten- und Service-Zentrum, Packenreiterstraße 48,
- Laim/Kleinhadern: Mittwoch, 26. Februar, von 17.30 bis 20 Uhr im Alten- und Service-Zentrum, Alpenveilchenstraße 42,
- Messestadt Riem: Donnerstag, 27. Februar, von 17.30 bis 20 Uhr, im „Quax“, Helsinkistraße 100.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, erleichtert aber die Planung (aelterwerden@weeberpartner.de). Bei Nachfragen bitte an Weeber+Partner, Telefon 07 11/62 00 93 60, wenden.

Baumfällungsarbeiten im Wohngebiet „Am Ackermannbogen“
(14.2.2014) Im Areal „Am Ackermannbogen“ wird das Baureferat 2014 eine dringend erforderliche Kindertagesstätte errichten. Ein Teil des Grundstücks muss vor dem Baubeginn von Altlasten und unter Umständen auch von Kampfmitteln befreit werden. Für diese Sanierungsmaßnahmen ist das Fällen von 19 Bäumen und diversem Strauchbewuchs unumgänglich. Die Rodungsarbeiten sind vom Kommunalreferat beauftragt und be-

ginnen am Montag, 17. Februar. Die Rodungen sind von der Unteren Naturschutzbehörde genehmigt. Im Rahmen der Neubebauung sind entsprechende Ersatzpflanzungen vorgesehen.

Radl-Sicherheitscheck an der Messe München

(14.2.2014) Der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München macht vom 19. bis 23. Februar, 10 bis 18 Uhr, Halt am Eingang Ost der Messe München. Im Rahmen der Freizeitmesse f.r.e.e. geben die Radl-Checker Tipps für das Fahrradfahren im Winter. Damit Radler trotz Dunkelheit und rutschigem Untergrund sicher auf Münchens Straßen unterwegs sind, liegt das Hauptaugenmerk vor allem auf einer korrekten Beleuchtung sowie einwandfrei funktionierenden Bremsen. An Fahrrädern, die kleine Mängel aufweisen, werden direkt vor Ort Reparaturen durchgeführt. Zum Service gehören das Nachjustieren von Bremsen und Sattel, die Überprüfung von Licht, Reflektoren und Reifendruck. Wessen Radl größere Reparaturen benötigt, erfährt, wo er diese durchführen lassen kann.
Weitere Sicherheitschecks folgen im Frühjahr. Mehr Informationen gibt es auf *www.radlhauptstadt.de*.

Ausstellung „Ein Beitrag zur Münchner Baukultur“

(14.2.2014) Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zeigt in der Ausstellung „Ein Beitrag zur Münchner Baukultur“ alle Wettbewerbsergebnisse der Jahre 2012 und 2013. In diesen Jahren wurden unterschiedliche Wettbewerbe – Realsierungs- sowie Ideenwettbewerbe aus den Aufgabenbereichen Hochbau, Städtebau und Landschaftsplanung – durchgeführt. Insgesamt werden 31 Wettbewerbe vorgestellt, 14 aus dem Jahr 2012 und 17 aus dem Jahr 2013.
Zu sehen sind jeweils ausgewählte Visualisierungen und Pläne der ersten Preisträger. Außerdem sind die besonderen Merkmale des Wettbewerbsergebnisses beschrieben. Alle gezeigten Wettbewerbe stehen im Internet mit den wichtigsten Informationen als Download bereit.
Die Ausstellung wird am Montag, 17. Februar, um 18.30 Uhr von Stadtdirektorin Susanne Ritter eröffnet und ist von Dienstag, 18. Februar, bis Freitag, 14. März, von 8 bis 18 Uhr im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28b, im Erdgeschoss in den Räumen 17 und 18 zu besichtigen.

Jahresrückblick 2013 des Planungsreferats erschienen

(14.2.2014) Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk legt den Jahresrückblick 2013 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung vor. Er bietet einen Überblick über die Aufgaben und Leistungen des Referats im

Jahr 2013 sowie die im Stadtrat verabschiedeten Meilensteine. Der Rückblick ist auf der Internetseite des Referats unter *www.muenchen.de/plan* abrufbar.

MVHS: Datenschutzbeauftragter spricht über Sicherheit im Netz

(14.2.2014) Die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) lädt am Mittwoch, 19. Februar, um 19 Uhr im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, zum Vortrag „Digitale Spurenleser – Daten als Markt und Macht" ein. Es spricht der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Thomas Petri.
Seit den Enthüllungen des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden gibt es bald täglich neue Meldungen, in welchem Ausmaß Telekommunikationsdaten jeglicher Art von der NSA und anderen westlichen Geheimdiensten abgegriffen werden. Auch nicht geheimdienstliche Datenanalysten werten die Unmengen an Informationen aus und setzen sie zu einem exakten Bild über soziale Beziehungen, Vorlieben, Gewohnheiten oder Einkaufsverhalten zusammen.
Wie aber kann man die faszinierenden Möglichkeiten des Internet und des Social Web weiterhin nutzen und gleichzeitig den wachsenden Datenhunger von Wirtschaft und Staat in seine Schranken weisen? Droht der Kontrollverlust über die Daten? Führt die strittige EU-Datenschutzreform tatsächlich zu einer Verbesserung des Datenschutzes und welche Auswirkungen wird sie auf den nationalen und internationalen Datenschutz haben? Dies sind Fragen, um die es im Vortrag gehen wird.
Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe „Leben 2.0." statt. Der Eintritt kostet 10 Euro, ermäßigt 8 Euro. Eine Voranmeldung ist bei allen Anmeldestellen der MVHS unter der Kursnummer BG 1380 E möglich. Restkarten sind an der Abendkasse erhältlich. Weitere Infos gibt es unter Telefon 4 80 06-62 20 oder im Internet unter *www.mvhs.de/offene-akademie.*
Kontakt: Michael Widl-Stüber, Fachgebietsleitung Internet und Multimedia, michael.widl-stueber@mvhs.de, Telefon 27 37 34-50, und Susanne Lößl, Leitung der MVHS-Pressestelle, Susanne.Loesl@mvhs.de, Telefon 4 80 06-61 88.

„Kino der Perestroika": Große Retrospektive im Filmmuseum

(14.2.2014) Die neue Spielzeit des Filmmuseums im Münchner Stadtmuseum beginnt mit einer Reihe zur Perestroika: Von Dienstag, 18. Februar, bis Freitag, 27. Juni, wird am St.-Jakobs-Platz 1 ein umfassendes Programm mit 18 ehemals verbotenen Filmen aus der Sowjetunion seit den 1960-er Jahren präsentiert, die erst gegen Ende der 1980-er Jahre gezeigt werden durften. Die Filme, die in der Originalfassung mit deutschen Untertiteln

laufen, zählen zu den interessantesten und bedeutendsten des sowjetischen Kinos.
Nach dem politischen Umbruch registrierte das sowjetische und bald auch das internationale Publikum gespannt, welche Worte, Motive und auch welche Realitäten nun erstmals gesagt und gezeigt werden durften. Künstlerische Möglichkeiten wurden neu ausgelotet, persönliche Stile entwickelt und gewagte Szenen integriert. Die Filmemacher, ob Altmeister wie Andrej Tarkovskij oder die einer jüngeren Generation wie Aleksandr Sokurov, legten ihre Finger in die Wunden der Gesellschaft und stellten vieles in Frage.
Eröffnet wird die Reihe mit dem Klassiker „Andrej Rubljow" (1969), der großen Saga von Andrej Tarkovskij, die bildgewaltig verschiedene Episoden aus dem Leben des berühmten Ikonenmalers Anfang des 15. Jahrhunderts erzählt. Der Film wurde verboten und konnte erst 1987 in der vollständigen Fassung gezeigt werden.
Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion drehte Aleksandr Sokurov seinen Film „Tage der Finsternis" (1988), ein philosophisches Porträt eines jungen Arztes, der sich freiwillig ins Exil einer kleinen turkmenischen Wüstenstadt zurückzieht und dort den Zusammenhang zwischen körperlicher Gesundheit und seelischem Wohlbefinden erforscht.
Weitere Informationen sowie alle Filme und Termine der Reihe befinden sich im Programmheft des Filmmuseums oder *unter www.muenchner-stadtmuseum.de/film.*
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro (Aufschlag bei Überlänge). Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 18. Februar

9.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
10.00 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss – Kleiner Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 19. Februar

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal (Die Vollversammlung wird als Live-Stream im Internet unter *muenchen.de/stadtrat-live* übertragen)

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 14. Februar 2014

Westpark – Verbesserung der Sauberkeit und Überwachung der Einhaltung der Parkanlageregeln
Antrag Stadträte Josef Schmid und Otto Seidl (CSU) vom 10.9.2013

Nach dem Bürgerentscheid:
Jetzt auf dem Gelände des Olympiadorfes Wohnungen bauen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Tobias Ruff (ÖDP), Richard Progl (Bayernpartei) vom 11.11.2013

Belebung des Willy-Brandt-Platzes durch Möblierung
Antrag Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU) vom 15.11.2013

Westpark – Verbesserung der Sauberkeit und Überwachung der Einhaltung der Parkanlageregeln
Antrag Stadträte Josef Schmid und Otto Seidl (CSU) vom 10.9.2013

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

Sie fordern das Baureferat in Ihrem Antrag auf, im Westpark Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit und zur Einhaltung der Parkanlageregeln zu treffen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch, da es sich um Maßnahmen im Rahmen des Grünanlagenunterhalts handelt, eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 10.09.2013 teilt das Baureferat aber Folgendes mit:
Über die Sicherstellung der Reinigung des Westparks wurde zuletzt im Zusammenhang mit dem Antrag Nr. 08-14/B 03461 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 7 vom 08.11.2011 berichtet. Darüber hinaus behandelt der Beschluss des Bauausschusses vom 27.03.2007 „Aktion saubere Stadt, Öffentlichkeitskampagne und Maßnahmenkonzept“ (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 06697) die Thematik Sauberkeit grundsätzlich, die Feststellungen dort gelten auch für den Westpark. Sachstandsberichte zu den Themen Wasservögel bzw. Grillen sind in den Beschlüssen des Bauausschusses vom 19.07.2005 „Dezimierung der Wasservögel an den Seen im Münchner Norden“ (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 06065) und vom 01.10.2002 „Änderung der Grünanlagensatzung Grillverbot im Westpark“ (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 00799) enthalten. Im Antwortschreiben des Antrags Nr. 08-14/B 05035 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 4 Schwabing-West vom 24.07.2013 wird auch auf das Thema „Abfallbehälter mit Deckel in Grünanlagen“ eingegangen.
Daraus und aus der täglichen Praxis lassen sich zu den einzelnen Punkten Ihres Antrags nachfolgende Sachverhalte darstellen.

Verbesserung der Sauberkeit und Einhaltung der Parkanlagenregeln:

Die Grünanlagensatzung wurde zuletzt mit Beschluss des Stadtrates vom 16.05.2012 angepasst. Sie zielt in erster Linie auf ein rücksichtsvolles Miteinander der Besucherinnen und Besucher ab. Nachdem in der hochverdichteten Großstadt Freizeit- und Erholungsnutzungen möglichst uneingeschränkt ermöglicht werden sollen, wurden die ausdrücklichen Verbote auf ein Minimum beschränkt, im Übrigen greift die Generalklausel bei Verhaltensweisen, die andere schädigen, gefährden oder mehr als unvermeidbar behindern oder belästigen. Grobe oder wiederholt auftretende Verstöße werden jedoch mit Verwarn- bzw. Bußgeldern geahndet, wobei bei Nichtoffenlegung der Personalien gegenüber der Grünanlagenaufsicht diese nur durch die Polizei erzwungen werden können.
Die speziell im Rahmen des Grillens verursachten, teils unvermeidlichen Beeinträchtigungen beschränken sich zeitlich im Wesentlichen auf regenfreie, warme Wochenendtage. Der diesjährige, besonders schöne Sommer mag den Eindruck hervorgerufen haben, die Probleme hätten zugenommen. Dem ist grundsätzlich aber nicht so.
Das Baureferat hat in den letzten Jahren immer wieder hinsichtlich der Reinigung und Kontrolle Verbesserungsmaßnahmen getroffen. Die Reinigungs-Regelintervalle im ganzen Park einschließlich der Spielplätze wurden im Sommer auf Montag, Mittwoch und Freitag erweitert, bei Bedarf wird sogar täglich von Montag bis Freitag gereinigt und bei schönem Wetter erfolgt darüber hinaus eine Sonderreinigung Sonntag früh. Zusätzliche mobile Abfallbehälter wurden bereitgestellt und spezielle Behälter für heiße Grillasche beschafft. Für 2013 wurden die Einsatzzeiten des seit Jahren zugeschalteten, externen Bewachungsdienstes nochmals ausgeweitet.

Sanitäre Anlagen:
Im Westteil des Westparks befinden sich drei Toilettenhäuser „Am Jackl". Zwei davon werden von der Stadt unterhalten, eines vom Pächter des „Wirtshauses am Rosengarten". Die WCs decken den Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer der Grillzonen am See ab sowie den der Besucherinnen und Besucher des großen Spielplatzes und des zum Wirtshaus gehörenden Biergartens. Außerdem gibt es noch eine Mobiltoilette in der Nähe des Bayerwaldhauses und direkt an der Grillzone neben der Seebühne.
Im Ostteil findet sich ein öffentliches Toilettenhaus am Wasserspielplatz sowie eine Toilettenanlage am Biergarten Hopfengarten, die vom dortigen Pächter betrieben wird. Darüber hinaus stehen während der Saison drei mobile Toiletten im gesamten Bereich zur Verfügung. Nicht nutzbar sind derzeit die Toiletten am ehemaligen Cafe am Seehaus, das seit Januar 2012 geschlossen ist und im Jahr 2013 abgerissen wurde. Ein neuer Konzessionsnehmer wird bereits gesucht. Beim anstehenden Neubau

ist dann auch eine ganzjährig nutzbare Toilettenanlage durch das Baureferat (Gartenbau) gefordert.
Das Baureferat vertritt die Auffassung, dass dieses Angebot an Toiletten im Westpark im Wesentlichen ausreicht, auch im Vergleich mit der Ausstattung in anderen großen Grünanlagen der Stadt. Das Baureferat wird die Situation jedoch beobachten und falls erforderlich, saisonal weitere Mobiltoiletten aufstellen, gerade im Bereich des ehemaligen Seecafes, solange, bis dieses baulich ersetzt ist.

Krähen und Abfallkörbe:
Im Westpark stehen an der Grillzone bereits große Abfallbehälter mit Deckel. Es sind dieselben Modelle, die der Abfallwirtschaftsbetrieb in Mehrfamilienhäusern und in den Wohnanlagen zur Verfügung stellt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die meisten Besucherinnen und Besucher mit diesem System vertraut sind. Leider werden diese nicht im vollen Umfang genutzt und die Deckel in den seltensten Fällen geschlossen. Ein sich selbstständig schließender Behälter in dieser Größenordnung ist aus sicherheitstechnischen Gründen nicht verwendbar. An anderen Stellen im Park sind große Abfallbehälter aus gestalterischen Gründen und wegen nicht vorhandener Zufahrtsmöglichkeiten nicht geeignet. Deshalb befinden sich dort die gebräuchlichen Modelle, die auch in allen anderen Parkanlagen Verwendung finden.

Gänsekot:
Aus den bisherigen Untersuchungen zu dem Thema, das im vorgenannten Beschluss „Dezimierung der Wasservögel an den Seen im Münchner Norden“ vom 19.07.2005 behandelt wurde, lautet das Fazit, dass die dauerhafte Fernhaltung von Gänsen aus den Grünanlagen kaum möglich ist.
Das Problem verkoteter Liegewiesen wird reduziert durch das Verbot des Ausbringens von Futter und Lebensmitteln (Aktualisierung der Grünanlagensatzung), das regelmäßige Reinigen der Parkflächen von Unrat und Lebensmittelresten sowie das möglichst seltene Ausmähen der Bachläufe im Gelände, so dass dort höherer Bewuchs stehen bleibt. Damit wird die Übersichtlichkeit für die Gänse eingeschränkt und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung bachbegleitender Hochstaudenfluren geleistet.
Aktuell läuft seit Oktober zum Thema Gänse im Westpark eine Untersuchung im Rahmen einer Bachelorarbeit an der TU München, AG Wildbiologie. Eventuell wird diese neue Erkenntnisse bringen.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Nach dem Bürgerentscheid:
Jetzt auf dem Gelände des Olympiadorfes Wohnungen bauen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Tobias Ruff (ÖDP), Richard Progl (Bayernpartei) vom 11.11.2013

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch keine Angelegenheit, die nach der Gemeindeordnung (GO) einer Entscheidung des Stadtrates vorbehalten ist, sondern eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Die mit Ihrem Antrag geforderte Gesprächsaufnahme mit dem Eigentümer des für das Olympiadorf 2022 vorgesehenen Grundstücks ist eine Aufgabe für den allgemein üblichen Schriftverkehr. Es entsteht allein dadurch noch keine erhebliche Verpflichtung im Sinne des Art. 37 Abs. 1 GO für die Landeshauptstadt München. Eine Behandlung erfolgt deshalb auf diesem Wege.
Zu Ihrem Antrag vom 11.11.2013 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:

Die für das Olympiadorf 2022 vorgesehene Fläche des ehem. Bundeswehrverwaltungszentrums befindet sich im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland.

Der Herr Oberbürgermeister hat sich diesbezüglich bereits mit Schreiben vom 17.12.2013 an die Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gewandt und gebeten, die ursprünglich für die Olympischen Winterspiele 2018 bzw. 2022 vorgesehene Fläche für das Olympiadorf nach dem Scheitern der Olympiabewerbung nun dem Münchner Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen, um hier dringend benötigten Wohnraum schaffen zu können.

Der Herr Oberbürgermeister hat in seinem Schreiben u.a. ausgeführt:

„ ...
Ich möchte Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, daher herzlich bitten, die Landeshauptstadt München bei der Erfüllung ihrer wichtigen kommunalen Aufgabe der Befriedung der Wohnbedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Für den Bund bietet sich hier die große Chance, durch die Realisierung des vorliegenden Wettbewerbsentwurfs das Grundstück durch die Schaffung entsprechenden Wohnbaurechts angemessen zu verwerten. Die Stadt würde das ihre dazu beitragen, das heißt, zügig für eine Baurechtsschaffung durch eine entsprechende Bauleitplanung sorgen. Hierzu wäre ein erster notwendiger Schritt, uns eine verbindliche Bereitschaftserklärung des Bundes, das Grundstück entweder selbst in diesem Sinne zu verwerten oder der Stadt München oder einer ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu übertragen, zukommen zu lassen.
Mir ist bewusst, dass hierzu in Ihren Ministerien verschiedene Vorklärungen erforderlich sind. Damit die Stadt München die weiteren Gespräche und Verhandlungen zielgerichtet führen kann, bitte ich um Benennung desjenigen Ministeriums bzw. dortigen Resorts, das in dieser Angelegenheit federführend zuständig ist und das der Stadt München als zentrale Ansprechstelle zu Verfügung steht.
… „

Mit vorstehendem Inhalt ist der Herr Oberbürgermeister mit Schreiben vom 23.12.2013 auch an den Herrn Ministerpräsidenten Horst Seehofer für die sich im Eigentum des Freistaates Bayern befindlichen und für das Mediendorf 2022 vorgesehenen Flächen an der Schweren-Reiter-Straße herangetreten.

Wir gehen davon aus, dass mit diesen Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters Ihrem Antrag Nr. 04763 vom 11.11.2013 bereits entsprochen und die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.

Belebung des Willy-Brandt-Platzes durch Möblierung
Antrag Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU) vom 15.11.2013

Antwort Baureferat:

In Ihrem Antrag haben Sie die Verwaltung aufgefordert, den Willy-Brandt-Platz durch entsprechende Möblierung nach dem Vorbild des Museums-Quartiers Wien zu beleben.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt, da das Thema für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung hat und keine erhebliche Verpflichtung erwarten lässt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 15.11.2013 teilen wir Ihnen aber Folgendes mit:

Der Willy-Brandt-Platz wurde in den Jahren 2003/2004 nach einem Entwurf der Landschaftsarchitekten Lützow7 und der Künstlerin Prof. Karin Sander durch die MRG gestaltet. Der städtebauliche Entwurf sah für den Platz eine dreiseitige Bebauung mit hohen Gebäuden im Westen, Süden und Osten vor. Auf der zum Messesee hin offenen Seite sollte ein Säulenportikus, der die Gebäude im Westen und Osten verbindet, eine räumliche Fassung herstellen. Da die Bebauung auf der Westseite und der Portikus bis heute noch nicht realisiert sind, mangelt es dem Platz einerseits an einer räumlichen Fassung und andererseits an einer Belebung durch weitere Nutzungsangebote.

Daher befürwortet das Baureferat eine kurzfristige Steigerung der Aufenthaltsqualität auf dem Willy-Brandt-Platz mit attraktiven Sitzmöbeln, wie sie sich seit 2002 im MuseumsQuartier Wien großer Beliebtheit erfreuen. Auf das erste Modell „Enzi“ folgte 2010 das neue Modell „Enzo“, das als Hohlform aus einem brandresistenteren Kunststoff industriell gefertigt wird. Die Möbel gelten als Kultobjekte im MuseumsQuartier und werden bei entsprechender Witterung als Sitz- und Liegeflächen intensiv genutzt.

Das Baureferat wird sich mit dem Hersteller in Verbindung setzen und die Tauglichkeit für die Aufstellung im öffentlichen Raum bezüglich Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit prüfen.

Wenn die Möbel für die Aufstellung am Willy-Brandt-Platz geeignet sind, wird das Baureferat Beschaffenheit, Anzahl und Positionierung der Sitzmöbel in Abstimmung mit den Urhebern der Platzgestaltung und dem Bezirksausschuss 15 festlegen und die Bestellung und Aufstellung in die Wege leiten.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 14. Februar 2014

Keine Verwendung von Genmais auf städtischen Gütern
Anfrage Stadträtinnen Ulrike Boesser, Bettina Messinger und Heide Rieke (SPD)

Zentrale Anmeldung für alle Kitas
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Generalsanierung des Turn- und Schwimmhallengebäudes der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße rasch durchführen
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Rettet das Cincinnati-Kino jetzt!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Amon Düül in Milbertshofen: Ist das ehemalige „Milbenzentrum“ ein Denkmal?
Antrag Stadträtin Ursula Sabathil (Freie Wähler) und Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP)

Bayern schiebt Illegale ab – München macht Druck beim Freistaat!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Ulrike Boesser
Heide Rieke
Bettina Messinger
Stadtratsmitglieder

München, den 14.02.2014

Keine Verwendung von Genmais auf städtischen Gütern.

Anfrage

Das Kommunalreferat wird beauftragt, die Öffentlichkeit umfassend über die Auswirkungen einer EU-Zulassung des umstrittenen Genmais der Sorte „Dupont 1507“ auf die Stadtgüter zu informieren. Gleichzeitig sollte damit das Bekenntnis zur ökologischen Landwirtschaft auf den „Stadtgütern München“ bekräftigt werden, welches im klaren Gegensatz zur Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen steht.

gez.
Ulrike Boesser
Heide Rieke
Bettina Messinger

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid

ANTRAG
14.02.14

Zentrale Anmeldung für alle Kitas

Die Landeshauptstadt München schafft eine Möglichkeit zur zentralen Anmeldung an sämtlichen städtischen Kindertagesbetreuungseinrichtungen.
Die freien Träger werden aufgefordert, sich an diesem Verfahren zu beteiligen.

Begründung:
Diesen nahezu wortgleichen Antrag hat die CSU-Stadtratsfraktion zum ersten Mal bereits im Juni 2007 (und dann wieder am 19.09.2012) gestellt. Daneben gibt es seit 2000 eine Reihe weiterer Anträge, die sich auf eine zentrale Anmeldung oder auf die Einführung zentraler, elektronisch gestützter Anmeldeverfahren wie z.B. „KIGAN“ oder das vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend entwickelte Verfahren. „Kibeo 1.0“ beziehen. Die Verwaltung hat diese Anträge mit der Unterstützung der rot-grünen Stadtratsmehrheit bislang abgelehnt, zuletzt am 17.09.2013.

Nun hat die OB-Kandidatin der Grünen in einer Diskussionsrunde öffentlich gefordert, dass das zur Zeit in München angewandte dezentrale Anmeldeverfahren an einer Einrichtung für benachbarte Einrichtungen im Verbund geändert wird und eine zentrale Anmeldung für alle Kitas möglich wird.

Dies ist jetzt der Anlass, unsere langjährige Forderung nach einer zentralen Anmeldemöglichkeit für alle Kindertagesbetreuungseinrichtungen wieder zu erneuern und bekräftigen, denn es ist den Eltern nicht länger zumutbar, bei jeder Einrichtung persönlich vorsprechen zu müssen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid

ANTRAG
13.02.14

Generalsanierung des Turn- und Schwimmhallengebäudes der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße rasch durchführen

Die Generalsanierung des Turn- und Schwimmhallengebäudes der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße wird umgehend vorbereitet und durchgeführt.
Ziel muss sein, dass die Schulschwimmhalle möglichst bald wieder geöffnet wird und für den Schwimmunterricht zur Verfügung steht.

Begründung:
Bereits seit dem Schuljahr 2011/2012 muss wegen des schlechten baulichen Zustandes die Schulschwimmhalle der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße geschlossen bleiben. Eine Teilsanierung des Turn- und Schwimmhallengebäudes wurde in der Verwaltung abgelehnt und die Generalsanierung bislang nicht in Angriff genommen sondern hinausgeschoben. Da neben der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße auch Kinder der Grundschule an der Feldmochinger Straße, der Grundschule an der Lerchenauer Straße, der Internationalen Montessori-Schule sowie von mindestens vier Kindertagesstätten und einer privaten Schwimmschule die Schwimmhalle nutzen, soll die Instandsetzung umgehend vorbereitet und durchgeführt werden.
Es ist hinreichend bekannt, wie wichtig der Schwimmunterricht für die Schülerinnen und Schüler ist.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 14.02.2014

Rettet das Cincinnati-Kino jetzt!

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

1.
Das Planungsreferat wird beauftragt, mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem örtlichen Nahversorger in der ehemaligen US-Siedlung am Perlacher Forst dahingehend zu verhandeln, dass als Interimsnutzung für den Nahversorger nicht das vorhandene Kino in der Siedlung genutzt wird, sondern entweder der ehemalige Standort des Little Oktoberfestes an der Lincolnstrasse oder vorhandene Gebäude der nördlich des kleinen Einkaufszentrums in der Minnewittstrasse Ecke Pennstrasse. Dabei soll das Planungsreferat angesichts der zeitlich befristeten Zwischennutzung von 1 1/2 Jahren von seinem Ermessensspielraum hinsichtlich bauplanungsrechtlicher Gegebenheiten großzügig Gebrauch machen.

2.
Das Planungsreferat wird beauftragt eine Eintragung des Kinogebäudes als gelungenes Relikt für Bauten der 50er Jahre in die Denkmalliste ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Begründung:

Der vorhandene Nahversorger steht auf dem für die Europäische Schule vorgesehenen Grundstück. Die vorgesehene Verlagerung auf ein Grundstück unmittelbar am S-.Bahnhof Fasańgarten kann aus nicht näher bekannten Gründen offensichtlich nicht rechtzeitig vollzogen werden. Deshalb möchte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) dem Nahversorger eine Zwischennutzung im vorhandenen Kino in der Siedlung anbieten. Abgesehen davon, dass auch das Kino für eine solche Zwischennutzung zu klein ist und deshalb noch weitere Container aufgestellt werden müssten, wäre diese Absicht mit der völligen Zerstörung der Funktion und der aus den 50er Jahren stammenden Inneneinrichtung verbunden. Eine Wiederherstellung des Kinos nach Beendigung der Zwischennutzung wäre völlig unrealistisch.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die BIMA mit diesem Vorschlag, die ihrerseits lästige Nutzung eines Kinos auf einem als Kerngebiet ausgewiesenen Grundstück damit beenden möchte und nach der Zwischennutzung das Grundstück in spekulativer Absicht für eine andere Nutzung veräußern möchte.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Das Kino erfreut sich als einzige derartige Einrichtung im Münchner Südosten großer Beliebtheit. Es sollte als wichtige kulturelle Einrichtung für den 17. und 18. Stadtbezirk mit zusammen mehr als 100.000 Einwohnern auf Dauer
erhalten bleiben und als kulturell wertvoller Bau aus den 50er Jahren in die Denkmalliste eingetragen werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Dr. Florian Roth
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Herbert Danner
Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14.02.2014

Antrag
Amon Düül in Milbertshofen: Ist das ehemalige „Milbenzentrum“ ein Denkmal?

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat darzustellen, welche Bedeutung das ehemalige „Milbenzentrum“ in der Nietzschestr. 7 - 7b für die Stadtteilgeschichte und Stadtgeschichte hat und vor Erteilung einer Neubaugenehmigung für das Grundstück eine denkmalschutzrechtliche Bewertung des Objekts durchzuführen.

Begründung

Bei einem durch das Kulturhaus Milbertshofen organisierten Stadtviertelrundgang zum Thema „Protest im Stadtbezirk Milbertshofen – Am Hart“ im Frühjahr 2011 wurde unter anderem im Hinterhof des Anwesens Nietzschestr. 7 - 7b Station gemacht. Der Leiter der Führung, Herr Christian Ertl, erzählte, dass das dort im Untergrund befindliche Gebäude in den 1960er – 1970er Jahren „ein Ort des gesellschaftlichen Protests“ gewesen sei. Es sei als „Milbenzentrum“ bekannt gewesen und dort sei auch die in München gegründete, bekannte und musikhistorisch bedeutsame Krautrock-Band Amon Düül[1] aufgetreten. Kürzlich wurde ein Bauantrag für Neubauten auf dem Grundstück gestellt. Es ist unklar, wie bedeutend das in den Untergrund gebaute Gebäude im rückwärtigen Teil des Areals für die Stadtgeschichte und Stadtteilgeschichte ist. Wir denken, dass vor Erteilung einer Baugenehmigung eine Bewertung der Örtlichkeit durch den Denkmalschutz erforderlich ist. Gemäß Art. 1 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz (DschG) sind Denkmäler Sachen, „deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt“. Möglicherweise sollte das Gebäude aufgrund seiner geschichtlichen und volkskundlichen Bedeutung in die künftige Bebauung des Grundstücks integriert werden. In Hinblick auf den vom Kulturreferat geplanten „Kulturgeschichtspfad Milbertshofen“[2] ist eine Bewertung der Örtlichkeit aus kulturhistorischer Sicht ohnehin notwendig und eine kritische Auseinandersetzung mit der örtlichen Protestkultur der 1960er und 1970er Jahre angebracht.

Initiative: **Tobias Ruff (ÖDP), Ursula Sabathil (FW)**

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Amon_D%C3%BC%C3%BCl
http://www.germanrock.de/alt/a/amon_duel_2/
2 http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtgeschichte/Kulturgeschichtspfade.html

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
14.02.2014

Bayern schiebt Illegale ab – München macht Druck beim Freistaat!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Um die massenhafte illegale Anwesenheit von Ausländern zumindest im Bereich des Freistaats Bayern zu beenden, setzt sich die Landeshauptstadt München diesbezüglich mit der Staatsregierung ins Benehmen. Dem Stadtrat wird über den Erfolg oder Nichterfolg der Initiative sowie über die Entwicklung der Zahl der Abschiebungen aus Bayern berichtet.

Begründung:

Medienberichten zufolge werden derzeit in den Bundesländern viel weniger ausreisepflichtige Asylbewerber abgeschoben als gefordert. Ende 2013 lag die Zahl der „vollziehbar ausreisepflichtigen", aber immer noch in Deutschland befindlichen Ausländer bei 131.598, erheblich mehr als im Vorjahr (118.347). Davon waren 37.090 Personen sogar „unmittelbar ausreisepflichtig", wurden aber von den zuständigen Ländern bisher nicht abgeschoben. Die übrigen 94.508 hielten sich mit einem „Duldungs-Status" in der Bundesrepublik auf (die Zahlen nach: *http://www.bild.de/politik/inland/asyl/bundeslaender-schieben-zu-wenig-ab-34657062.bild.html*; zuletzt abgerufen: 14.02.2014, 04.08 Uhr; KR).

Es ist völlig inakzeptabel, daß sich 131.598 Ausländer illegal in Deutschland aufhalten, aber weder abgeschoben noch wegen illegalen Aufenthalts in der Bundesrepublik bestraft werden. Diese massenhafte Duldung eines illegalen Aufenthalts in Deutschland muß nicht nur weitere ungezählte Fremde in aller Welt ermutigen, sich ebenfalls auf den Weg in Richtung Bundesrepublik zu machen – in der berechtigten Hoffnung, daß man dort dauerhaft geduldet wird, wenn man es erst einmal hierher geschafft hat -, sondern stellt zudem eine geradezu irrwitzige Belastung des deutschen Steuerzahlers dar, die nicht sein müßte.

Da auch der Freistaat Bayern seiner Abschiebepflicht nicht nachkommt, ist es im

b.w.

Interesse des Rechtsstaates ebenso wie der einheimischen Steuerzahler, die für die massenhafte Duldung illegal in Deutschland lebender Ausländer aufkommen müssen, dringend geboten, der Staatsregierung Beine zu machen. Hinreichendes politisches Gewicht könnte dabei die Landeshauptstadt München in die Waagschale werfen, die mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von rund 23 Prozent und weiteren ca. 37 Prozent Migrationshintergründlern selbst in erheblichem Maße vom illegalen Aufenthalt von Ausländern betroffen ist.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Volksabstimmung in der Schweiz, bei der sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Begrenzung jeder weiteren Zuwanderung ausgesprochen hat, ist der Zeitpunkt auch in Deutschland günstig, um Bewegung in die bundesdeutsche Ausländerpolitik zu bringen und zunächst den Mißstand der völlig inakzeptablen Zahl von weit über 100.000 illegal in Deutschland lebenden Ausländern in legaler und befriedigender Weise zu beheben.

Um die Öffentlichkeit in angemessener Weise an der Behebung des angesprochenen Problems zu beteiligen, erscheint es sinnvoll, daß Stadtrat und Öffentlichkeit über den Erfolg der Initiative und die weitere Abschiebepraxis im Freistaat in Kenntnis gesetzt werden.

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 14. Februar 2014

Quartiersentwicklung rund um den Piusplatz trägt zur Integration bei
Pressemitteilung GEWOFAG

Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München

GEWOFAG Holding GmbH

Pressemitteilung

Quartiersentwicklung rund um den Piusplatz trägt zur Integration bei

GEWOFAG-Projekt erhält Anerkennung im Rahmen des Integrationspreises der Regierung von Oberbayern 2013

München, 14. Februar 2014. **Die GEWOFAG hat für ihre Quartiersentwicklung rund um den Piusplatz eine Anerkennung „für besonderes Engagement bei der erfolgreichen Integrationsarbeit“ erhalten. Im Rahmen einer Feierstunde anlässlich der Verleihung des Integrationspreises der Regierung von Oberbayern 2013 nahmen Dennis Schauer, Prokurist, und Götz Keßler, Leiter Immobilien- und Bestandsentwicklung der GEWOFAG, die Urkunde von Regierungspräsident Christoph Hillenbrand entgegen.**

Ziel der Quartiersentwicklung rund um den Piusplatz war, das Quartier zu beleben und für junge Familien und ältere Menschen attraktiv zu gestalten. Dazu gehören unter anderem die Schaffung von barrierefreiem und familiengerechtem Wohnraum, Gebäudesanierungen, verbesserte Außenanlagen, Angebote für Familien und Senioren sowie der Neubau von Passivhäusern.

„Die neu gestalteten Freiflächen, die neuen Familienwohnungen und vor allem die neuen sozialen Einrichtungen wie Mütterzentrum, Angebote im Nachbarschaftstreff, ambulanter Dienst vor Ort, Pflegewohnungen und Kindertagesstätte haben zum Zuzug von neuen Mietern – vor allem jungen Familien, viele davon mit Migrationshintergrund – geführt. So ist eine stärkere, gelungene Durchmischung von Jung und Alt und mehreren Kulturen entstanden“, freut sich Sigismund Mühlbauer, Prokurist der GEWOFAG. „Viele Mieterinnen und Mieter engagieren sich im Nachbarschaftstreff und bei unserem erfolgreichen Programm ‚Wohnen im Viertel’. Die Freiflächen werden stärker genutzt. Es entstand mehr Austausch zwischen den sozialen und kulturellen Gruppen. Das Quartier ist attraktiver geworden für junge Familien. Die Mieter fühlen sich einfach wohl im Quartier – ein Erfolg unseres Engagements.“

Seit 2008 vergibt die Regierung von Oberbayern den Oberbayerischen Integrationspreis. Mit dem Preis werden Initiativen ausgezeichnet, die sich in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Sport für ein interkulturelles Miteinander einsetzen.

GEWOFAG

Die GEWOFAG ist mit rund 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit 85 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung sind die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigsten Aufgaben der GEWOFAG. Der GEWOFAG-Konzern mit dem Tochterunternehmen Heimag München GmbH beschäftigt in München rund 790 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Innenhof am Piusplatz (Quelle: GEWOFAG).

Pressekontakt
Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Kirchseeoner Straße 3
81669 München
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de